NEWSLETTER NOVEMBER 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der November ist da und mit ihm eine intensive Zeit im Deutschen Bundestag. In den letzten Wochen standen viele wichtige Themen auf der Tagesordnung: Wir haben in Berichterstattergesprächen Fragen der Rente und Tariftreue verhandelt. Für mich sind das zwei zentrale Bereiche, wenn es um Gerechtigkeit und Sicherheit in der Arbeitswelt geht. Jetzt finden die Anhörungen und die Beschlussfassungen statt.

Es ist viel zu tun, doch die Debatten zeigen: Wir bewegen etwas, Schritt für Schritt, für ein solidarisches Miteinander.

Gleichzeitig merkt man schon: Der Jahresausklang rückt näher. Die ersten Lichter leuchten, und langsam wächst die Vorfreude auf die Adventszeit – eine Zeit der Ruhe, Besinnung und Begegnung. Bis dahin bleibt es aber politisch spannend, und ich freue mich, Ihnen in diesem Newsletter wieder einen Einblick in meine Arbeit geben zu dürfen.

Gute Lektüre, Ihr/Euer Bernd Rützel

KOMMUNALWAHLEN AM 08.03.2026:

Politik aus Leidenschaft - für Gemünden & Main-Spessart

Ich kandidiere:

Stadtrat GEMÜNDEN: Liste 5 | Platz 4

Kreistag MAIN-SPESSART: Liste 5 | Platz 6

2 Rente: stabil und solide

7 Meine Reden im Oktober

9 Grundsicherung

10 Landesparteitag

KLARTEXT

MEHR RESPEKT FÜR HARTE ARBEIT – DER MINDESTLOHN STEIGT

Der Mindestlohn steigt in den kommenden zwei Jahren so stark wie seit seiner Einführung nicht mehr. Das bedeutet: Bis zu sechs Millionen Menschen in Deutschland werden davon profitieren. Sie alle leisten Tag für Tag wertvolle Arbeit und können künftig am Ende des Monats spürbar mehr Geld in der Tasche haben.

Damit schreiben wir die Erfolgsgeschichte des Mindestlohns fort. Seit seiner Einführung im Jahr 2015 hat er sich als starkes Instrument gegen Niedriglöhne bewährt. Fast 1,5 Millionen Beschäftigte konnten dadurch aus dem Niedriglohnsektor herausgeholt werden, besonders viele davon in Ostdeutschland. Und auch Frauen profitieren besonders. Das zeigt: Der Mindestlohn wirkt.

Doch beim Mindestlohn allein darf es nicht bleiben. Unser Ziel ist, dass alle Menschen für ihre Arbeit fair bezahlt werden. Dafür setzen wir uns für starke Tarifverträge ein. Mit dem geplanten Tariftreuegesetz sorgen wir künftig dafür, dass Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und gerecht behandeln.

So schaffen wir mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und sorgen dafür, dass sich Arbeit in Deutschland für alle lohnt.

RENTE

STABIL UND SOLIDE

Das Thema Rente ist derzeit wieder in aller Munde und mitunter unter enormem Beschuss. Da gilt es ein paar Dinge im Interview klar zu rücken: „Der Ausschussvorsitzende widerspricht auch den gängigen Kritikpunkten an den steigenden Sozialausgaben. (...) Der prozentuale Anteil der Zuschüsse am Gesamthaushalt sei demnach konstant geblieben, über die letzten zwei Jahrzehnte betrachtet sogar leicht rückläufig. „Es ist eine Mär, wenn man behauptet, dass alles immer teurer werde. Das ist alles stabil, das ist solide, und das können und müssen wir uns auch leisten", so Rützel. Klicke rechts für den ganzen Artikel.

80 Jahre
Frankfurter Rundschau

Startseite › Wirtschaft

Renten-Mythos entlarvt: SPD-Politiker verteidigt Milliarden-Zuschuss - „Die Rente würdigt die Lebensleistung"

24.10.2025, 06:40 Uhr
Von: Lisa Mayerhofer

Der Ausschussvorsitzende Bernd Rützel (SPD) rechtfertigt die massiven Renten-Ausgaben – und räumt mit einem Renten-Mythos auf. © Montage/Imago/photothek/CHROMORANGE

BERLIN

PARLAMENTSGRUPPE SCHIENE

Michael Donth

In Berlin hat sich die „Parlamentsgruppe Schienenverkehr" konstituiert. Klar, dass ich als Eisenbahner da gerne dabei war und als Wahlleiter agiert habe. Parlamentsgruppen im Deutschen Bundestag sind fraktionsübergreifende themenbezogene Zusammenschlüsse von Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Sie dienen dem Sach- und Informationsaustausch, sind aber nicht in die Abläufe der Gesetzgebung eingebunden.

100 PROZENT

... ist meine Antwortquote bei abgeordnetenwatch, womit ich auch diesmal wieder die Auszeichnung „hervorragend" erhalten habe. Für mich ist es selbstverständlich, auf Fragen zu antworten, Informationen einzuholen oder Anliegen an zuständige Stellen weiterzugeben. Zu abgeordnetenwatch.de geht es

HIER

IM PARLAMENTS-FERNSEHEN

Im Bundestag finden gerade viele spannende Debatten statt. Einige davon in meinem Ausschuss Arbeit und Soziales. Auch das Parlamentsfernsehen hat sich dafür interessiert, weshalb ich dort Fragen zu Rente und Grundsicherung beantwortet habe. Mit Klick auf das Foto startet das Video:

SITZUNGSWOCHEN

22 Wochen im Jahr bin ich in Berlin. Von Montag früh bis zum späten Freitagabend. ▸ **HIER** ◂ können Sie sehen, wann ich in Berlin bin. Weitere Informationen zu den Abläufen in einer Sitzungswoche gibt es auf meiner Homepage ▸ **HIER** ◂

AGENTUR FÜR ARBEIT

Bundesagentur für Arbeit

Einmal im Jahr trifft sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit der Bundesagentur für Arbeit.

TAGESAKTUELL INFORMIERT

PFLEGESTUFE 1

131 Euro im Monat für Menschen mit Pflegestufe 1 - wenn diese Unterstützung wegfällt, trifft es Menschen, die ohnehin schon täglich an ihre Grenzen gehen. Pflege darf kein Luxus sein. Deshalb: Hände weg von den 131 Euro Entlastungsbetrag. Denn Menschlichkeit darf nicht am Geld scheitern.

Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

SOZIALWAHLEN

In den letzten Newslettern habe ich begonnen, über meine „Berichterstattungen" zu informieren. Themen, für die ich innerhalb der SPD-Fraktion zuständig bin und über die ich meinen Kolleginnen und Kollegen als zuständiger Fachmann „berichte".

Heute geht es um die Sozialwahlen.

Sozialwahlen sind die drittgrößten Wahlen, die in Deutschland stattfinden, nach den Bundestagswahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament. Trotzdem fristen sie oft ein stiefmütterliches Dasein. Dabei sind sie wichtig: Sie sorgen dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Sozialversicherungssysteme mitbestimmen können. Sozialwahlen stärken die Selbstverwaltung und sorgen für Augenhöhe zwischen Versicherten und der Arbeitgeberseite.

Bei der Sozialwahl wählen Versicherte die höchsten Entscheidungsgremien der Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung. Diese Versichertenparlamente stellen den Haushalt auf und wählen den Vorstand. Außerdem entscheiden sie über Leistungen der Krankenkassen und Reha-Angebote.

Damit sich künftig mehr Versicherte an den Sozialwahlen beteiligen, modernisieren wir gerade das Verfahren und weiten die Möglichkeit von Online-Wahlen aus. Wir als Politik schaffen dabei nur die Möglichkeit. Die Entscheidung, ob und für welche Gruppen sie Online-Wahlen neben den Briefwahlen anbieten, überlassen wir den einzelnen Sozialversicherungsträgern. Das ist Soziale Selbstverwaltung.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☑ Mindestlohn
- ☑ Rente
- ☑ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☑ Soziale Selbstverwaltung
- ☑ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☑ Sozialwahlen
- ☐ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☐ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☐ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☐ EU-Lieferkettengesetz
- ☐ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☐ Sozialkassenverfahren
- ☐ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☐ Körperlich belastende Berufe
- ☐ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche

Werner Schüring, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

RENTE

Lückenlos in die Rente

Bevor es in die Rente geht, müssen Menschen einen ordentlichen Verwaltungsaufwand stemmen – und trotzdem gibt es oft ein unnötiges Hin und Her, bis die Einkommenshöhe der letzten Monate für die Rentenberechnung klar ist.

Das vereinfachen wir jetzt mit einer pauschalen Hochrechnung. So gibt es keine Lücke zwischen dem Zeitpunkt, wo die letzten Löhne bezahlt worden sind, und der ersten Rentenzahlung. Wir vereinfachen das Berechnungsverfahren, sorgen aber dafür, dass natürlich trotzdem alles beim Neurentner oder der Neurentnerin ankommt.

Minijobs, aber mit Rente

Wer einen Minijob annimmt, muss sich entscheiden, ob er auch den Arbeitnehmeranteil in die Rentenversicherung einzahlt. Das kostet bei einer Minijobgrenze von aktuell 556 Euro maximal 20,02 Euro im Monat. Dafür tut man aber etwas für die eigene Rente – und hat auch Anspruch auf weitere Leistungen der Rentenversicherung wie eine Reha. Die Mehrheit winkt erst einmal ab und gibt bei Vertragsabschluss an, keine eigenen Beiträge einzahlen zu wollen. Viele bereuen das im Nachhinein.

Deshalb schaffen wir jetzt im Bundestag die Möglichkeit, das einmalig zu widerrufen. Das ist gut für unsere Rentenversicherung und für die Menschen, die etwas für ihre Rente tun.

Aktivrente

Wir wollen Menschen nach Erreichen der Regelaltersgrenze (ab 67 Jahren) einen Extrabonus geben, wenn sie weiterarbeiten können und wollen, und so Mitanpacken gegen den Fachkräftemangel.

Wird die Aktivrente rechtzeitig beschlossen, dann sind ab dem 01.01.2026 bis zu 2.000 Euro Verdienst im Monat aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zusätzlich zum Ruhegehalt steuerfrei. Rentnerinnen und Rentner werden damit um bis zu 890 Millionen Euro jährlich entlastet.

Die Aktivrente unterliegt dabei regulär der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungspflicht. Arbeitgeber zahlen wie bisher ihren Anteil in die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Das kommt auch Unternehmen entgegen, die das Knowhow verdienter Beschäftigter noch etwas länger nutzen wollen. Wichtig ist mir, das längeres Arbeiten immer freiwillig bleibt.

IMMER AKTUELL INFORMIERT:

MEINE REDEN

IM OKTOBER

Nachdem im Oktober zahlreiche Gesetze durch den Bundestag gebracht wurden, wurde auch viel über diese Gesetze debattiert. Und weil der Ausschuss Arbeit & Soziales bei vielen dieser Gesetze federführend war, musste auch ich öfter an das Redepult im Bundestag.

Aber nicht nur die Gesetze der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen waren Thema, Anträge der Oppositionsparteien werden natürlich genauso debattiert. Auch hier war ich für meine Fraktion am Redepult.

Hier ein Überblick über meine vier Reden im Oktober, mit Klick auf die Fotos geht es direkt zu den jeweiligen Videos. Alle meine Reden auf einen Blick gibt es mit Klick auf den Parlamentsfernsehen-Button.

17. Oktober

Ich sprach zum Antrag der Fraktion Die Linke: Den Achtstundentag erhalten – Wöchentliche Höchstarbeitszeit absenken

16. Oktober

Es stand die erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten auf der Tagesordnung. Ich sprach dazu für die SPD-Fraktion.

10. Oktober

In der Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion Die Linke ging es an diesem Tag um „Soziale und ökologische Industriepolitik – Arbeitsplätze schützen, Zukunft gerecht gestalten"

9. Oktober

Ich sprach Anfang Oktober zur ersten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (SGB VI-Anpassungsgesetz – SGB VI-AnpG).

IMMER AKTUELL INFORMIERT:

Romeosessions | pixabay

ONLINE-SHOPS

WIDERRUFS-BUTTON & PAKETBOTEN

Gute Nachrichten für Verbraucher und ebenso gute Nachrichten für unsere Paketbotinnen und Paketboten: Bei Online-Bestellungen stärken wir die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Und Paketboten können sich weiter auf ihren sozialen Schutz verlassen.

Verbraucherinnen und Verbraucher werden es künftig einfacher haben, wenn sie einen im Internet geschlossenen Vertrag widerrufen wollen: Unternehmen werden verpflichtet, den elektronischen Widerruf per Schaltfläche (Button) zu ermöglichen.

Weniger Scheinselbstständigkeit und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: Das Paketboten-Schutzgesetz, für das ich mich so stark eingesetzt hatte, hat die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche verbessert.

Es war zunächst bis Ende 2025 befristet. Die Evaluation hat gezeigt: Das Gesetz wirkt! Deshalb haben wir es jetzt entfristet, es gilt dauerhaft. Das freut mich sehr, da es insbesondere bei schweren Paketen eine deutliche Erleichterung bringt.

KALENDERBLATT

PHILIPP SCHEIDEMANN & DAS ENDE DER MONARCHIE

Am 9. November 1918 übernahm die Sozialdemokratie Verantwortung für Deutschland. Während das Kaiserreich im Chaos des verlorenen Krieges zusammenbrach, war es der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, der vom Balkon des Reichstags die Republik ausrief – nicht aus Machtstreben, sondern um Ordnung, Frieden und Demokratie zu sichern.

Mit diesem Schritt bewahrte die SPD das Land vor einem Bürgerkrieg und vor dem völligen Zusammenbruch staatlicher Autorität.

Scheidemanns Worte waren mehr als ein symbolischer Akt. Sie markierten den Übergang von der alten, militaristischen Monarchie zu einer neuen Ordnung, die auf Freiheit und sozialer Gerechtigkeit beruhen sollte. Die SPD hatte über Jahrzehnte für gleiche Rechte, politische Teilhabe und die Anerkennung der arbeitenden Bevölkerung gekämpft. Nun wurde sie zur Trägerin der demokratischen Erneuerung.

Kritiker warfen der Partei später Kompromissbereitschaft vor, doch ohne die entschlossene Haltung der Sozialdemokratie wäre der Weg zur Weimarer Republik nicht möglich gewesen. Der 9. November 1918 zeigt, dass Verantwortung manchmal bedeutet, in schwierigen Zeiten besonnen zu handeln.

Peter-facebook | pixabay

GRUNDSICHERUNG

BÄRBEL BAS ANTWORTET AUF FRAGEN

Die Reform der Grundsicherung kommt – die Parteispitzen von SPD und Union haben die in der Koalition vereinbarten Eckpfeiler öffentlich vorgestellt. Jetzt arbeitet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Gesetzentwurf aus, bevor er ins Kabinett und danach in den Bundestag kommt.

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat Mitte Oktober die Fragen der SPD-Mitglieder in einer Onlinekonferenz beantwortet. Für alle, die nicht dabei sein konnten, habe ich ▸ **HIER** ◂ auf meiner Homepage alle Fragen der Mitglieder und Antworten von Bärbel zusammengestellt. Rechts die erste Frage an Bärbel. Weiter geht es auf meiner Homepage.

Wie kam es zur Einigung in der Koalition und welche Rolle spielte die Debatte zum Sozialstaat?

Bärbel Bas: Die Debatte zum Sozialstaat wurde von der konservativen bis rechten Seite getrieben. Schon die Rhetorik im Wahlkampf war scharf und ihr Ziel klar: Menschen in Arbeit und ohne Arbeit gegeneinander auszuspielen. Dazu kamen haltlose Vorwürfe wie: „Die Menschen sind faul und arbeiten nicht genug." Selbst in die Mitte der Gesellschaft wirkt diese Spaltung hinein. Was wir eigentlich brauchen, ist eine Debatte darüber, wie wertvoll unser Sozialstaat ist: Er erhält den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. In den Verhandlungen in der Regierung ging es darum, den Ton wieder zu versachlichen. Wir haben einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, in denen Verabredungen zur Reform des Sozialstaats stehen. Bei der Ausgestaltung geht es jetzt darum, unseren sozialdemokratischen Blick einzubringen.

Was ist unser sozialdemokratisches Ziel bei der Grundsicherung?

Wir stehen auf der Seite der Menschen, die den Sozialstaat brauchen. >>> ▸ **HIER** ◂

„Gerechtigkeit bedeutet für uns als SPD vor allem ‚Soziale Gerechtigkeit'.

Das bedeutet für uns, dass starke Schultern in unserem Land mehr tragen sollen als jene, die ohnehin schon durch ihre Lebensumstände schwerer belastet sind."

SPD-Grundwertekommission

VOR ORT

Als Abgeordneter für den

BUNDESWAHLKREIS MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub. Ein Gebiet, das **3.853 km², 104 SPD-Ortsvereine** und **789.000 Bürgerinnen und Bürger** umfasst! Eine Fläche übrigens, die größer ist als das Saarland, Berlin und Bremen zusammen.

GEMÜNDEN: WOHNEN IM ALTER

Büro Rützel

Wie will und werde ich im Alter wohnen? Eine Frage, die viele Menschen beschäftigt. Auch in meiner letzten Gesprächsrunde „doudrü g´hört geredt" Anfang August zum Thema "Versorgung im Alter" haben wir darüber diskutiert. Daraus hatte sich über die vergangenen Wochen ein loser Austausch über leerstehende Gebäude und geeignete Grundstücke in Gemünden für Senioren-Wohnprojekte gebildet. Unlängst besuchte nun eine Abordnung, die aus der Gesprächsrunde hervorgegangen war, das Anwesen Gartenstrasse 53 der Mainfränkischen Werkstätten. Ideen für Senioren-Wohnprojekte für das Anwesen gibt es viele und das Interesse ist groß. Wir bleiben dran. Einen ausführlichen Nachbericht zu meiner „doudrü"-Veranstaltung, die alles ins Rollen brachte, gibt es ▸ **HIER** ◂

HERBSTZEIT IST KELTERZEIT

... und da bringe ich meine Äpfel gerne zur Kelterei Meder nach Gräfendorf, wo es heißt: DEIN OBST = DEIN SAFT ...und den lassen wir uns jetzt gerne schmecken. Vom eigenen Apfel schmeckt der Saft gleich nochmal so gut. Danke für den freundlichen Empfang und die vielen Infos rund ums Keltern!

Kelterei Meder

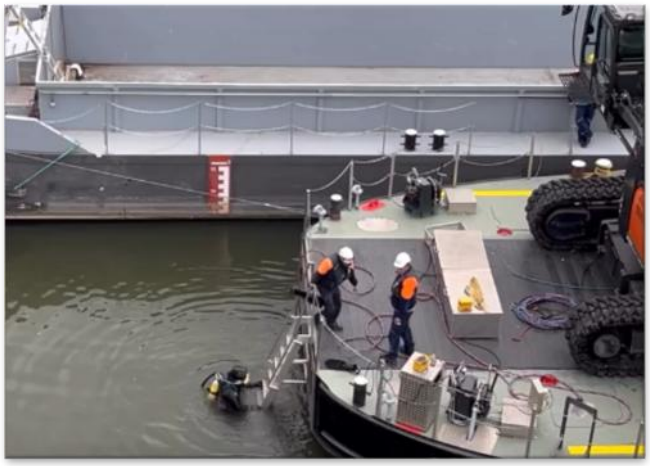
TOP ▲ ▼FLOP DES MONATS

TOP: NIEDERLANDE

Die Niederländer haben den Rechtspopulisten einen Denkzettel verpasst: Bei den Parlamentswahlen triumphierten die Sozialliberalen mit Rob Jetten, Geert Wilders hingegen ist entzaubert. Das sind gute Nachrichten. Denn sie zeigen einmal mehr: Die Rechtspopulisten, wenn sie denn regieren, können es nicht. Unsere Nachbarn haben das in den letzten Monaten erfahren müssen. Und sie haben an den Wahlurnen die Konsequenzen gezogen.

FLOP: ICE GESTRICHEN

Der ICE um 7:05 Uhr hält nicht mehr in Aschaffenburg. Die Deutsche Bahn streicht somit den wichtigsten Pendlerzug am Morgen von Aschaffenburg nach Frankfurt. Wie übrigens schon den ICE um 6:33 Uhr. Auch der wurde gestrichen. Also gleich zwei Verbindungen in kürzester Zeit. Die Regionalbahnen sind überfüllt, dieser ICE wird von hunderten Pendlern gebraucht. Ich kann es nicht nachvollziehen, warum man den bayerischen Haltepunkt streicht und dafür einen in Hanau macht. Dort gibt ohnehin schon mehrere gute Verbindungen nach Frankfurt.



Büro Rützel

WASSERSTRASSEN

KEINE KÜRZUNGEN BEI DER WSV

Um mich über die Situation bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) zu informieren, war ich an der Staustufe Rothenfels. Mit dabei: Alexander Bätz und Mathias Mayer als Personalräte beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA), sowie Marietta Eder und Michelle Rohleder (ver.di).

Bis 2030 sollen 8 Prozent der Stellen bei Bundes-Behörden und -Verwaltungen abgebaut werden – so auch beim WSV. Das verschärft nicht nur den bestehenden Personalmangel, sondern gefährdet auch den Betrieb der Wasserstraßen, denn die Anlagen der WSV sind in keinem guten Zustand. Das wiederum kann negative Auswirkungen auf die Wirtschaft/ Binnenschifffahrt und Sicherheit unserer Gemeinden entlang von Flüssen und Kanälen (Hochwasserschutz) haben. Umso wichtiger ist es, Stellen zu erhalten und Anstrengungen in Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften zu verstärken. Langfristige Planungen zu Erhalt und Sanierung bestehender Anlagen und überjährige Finanzierungen könnten zu Entlastungen führen.

Mit Klick auf das Foto geht´s zum Video!

PARTEIARBEIT

Bernd Rützel

SPD MAIN-SPESSART

Ein klasse Kreisparteitag der SPD Main-Spessart war das Mitte Oktober! Neben den eindrucksvollen 100 Prozent für unsere Landratskandidatin Pamela Nembach stand die Kreistagsliste im Fokus: Pamela und weitere 59 engagierte Kandidierende stehen auf unserer Liste für die Kreistagswahl im kommenden Jahr, auch unsere Gemündener Bürgermeisterkandidatin Giesela Fischer (Foto)! Ich freue mich, dass ich wieder auf meinem „Stammplatz" – Platz 6 – gelistet bin. Miteinander für Main-Spessart! Mehr dazu auf der Homepage der Kreis-SPD **HIER**

HERBSTMARKT GEMÜNDEN

Beim Herbstmarkt in Gemünden war wieder Crêpesbacken am Stand der SPD Gemünden angesagt. Mit

SPD Gemünden

Zimt & Zucker, Apfelbrei oder Nutella. Und natürlich gab es auch wieder ganz viele gute Gespräche. Danke allen Besucherinnen und Besuchern!

EHRUNGEN IN OBERNBURG

Was gibt es schöneres, als langjährige Mitglieder zu ehren? Bei der SPD Obernburg-Eisenbach-Mömlingen durfte ich gemeinsam mit der OV-Vorsitzenden und Bürgermeisterkandidatin Eva Erfurth und Sabine Balleier, der Vorsitzenden der Miltenberger SPD, mehrere Ehrungen vornehmen – unter anderem für

SPD Obernburg

70 Jahre Mitgliedschaft in unserer Partei! Herzlichen Glückwunsch, vielen Dank für Euer Engagement und für die Einladung zu diesem gelungenen Abend. ▸ **HIER** ◂ geht´s zum Bericht im Mainecho.

LANDESPARTEITAG DER BAYERNSPD

Jens Hartmann, BayernSPD

Bernd Rützel

BayernSPD

Wichtig, informativ und unterhaltsam zugleich waren die vielen Gespräche rund um den Parteitag. Wie zum Beispiel mit dem Bayerischen Brauerbund. Zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Holger Grießhammer, (re.) sprach ich mit Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Ebbertz. Wir haben immer ein offenes Ohr für Bayerns Brauer – und lassen uns auch gerne mal das ein oder andere bayerische Bier schmecken. Auch das Gespräch mit dem Präsidenten des „Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V.", Dietmar Lindner, und Präsidiumsmitglied Markus Högl, war sehr informativ. Mehr zum Parteitag ▸ **HIER** ◂

BayernSPD

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner

VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

selbstbewusst und stolz blicken 16 Fotomodelle mit Down-Syndrom in die Kamera. Die Freude am Posieren – ob in Abendgarderobe, Lederhose oder Brautkleid – ist ihnen deutlich anzusehen. „Showdown" heißt eine Fotoausstellung, die im Rahmen der Aschaffenburger Kulturtage gezeigt wurde. Sie rückt Menschen mit Trisomie 21 mit all ihrer Lebensfreude in den Blickpunkt – und damit ein gesellschaftliches Thema, das nicht den Raum bekommt, den es verdient: die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Dabei ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ein Menschenrecht. Auch Deutschland hat sich 2009 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Doch in der Realität hakt es noch immer an zahlreichen Stellen. Auch in Bayern.

So ist das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung an den bayerischen Regelschulen zuletzt kaum vorangekommen. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass 61 Prozent der Lehrkräfte inklusives Lernen zwar als sinnvoll erachten, aber lediglich 26 Prozent halten es unter den aktuellen Umständen für umsetzbar. Weil es an sonderpädagogischem Fachpersonal mangelt, die Inklusionsklassen zu groß sind und Aufzüge und barrierefreie WCs fehlen.

So verwundert es nicht, dass in Bayern nur rund ein Drittel der Schulkinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet wird. Das ist auch im Bundesvergleich ein niedriger Wert. Damit inklusive Bildung wirklich gelingt, muss die Staatsregierung die personellen, finanziellen und materiellen Rahmenbedingungen massiv verbessern.

Und auch am Arbeitsmarkt müssen Menschen mit Behinderung besser integriert werden, nicht zuletzt mit Blick auf den gravierenden Fachkräftemangel. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Schwerbehinderung liegt im Freistaat bei 9,9 Prozent. Noch immer zahlen zu viele Privatunternehmen lieber eine Ausgleichsabgabe, als Menschen mit Behinderung einzustellen. Hier braucht es stärkere Anreize, aber auch eine aktive Stärkung von Inklusionsbetrieben.

Nicht zuletzt gilt es, auch im öffentlichen Raum noch viele Hürden abzubauen. Vom barrierefreien ÖPNV über digitale Barrierefreiheit bis hin zu inklusiven Kultureinrichtungen ist hier noch viel zu tun.

Lassen Sie uns Inklusion voranbringen, indem wir sie nicht als Last, sondern als Bereicherung begreifen. Es profitieren alle vom gemeinsamen Lernen und Arbeiten und einem öffentlichen Raum ohne Barrieren.

Für eine Gesellschaft mit Mut zur Vielfalt und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de